

## AMBULANT VERSUS STATIONÄR

# Selbstständiges Wohnen bis ins hohe Alter – eine volkswirtschaftliche Analyse

Der demografische Wandel erfordert die Entwicklung neuer Wohn- und Versorgungsformen. Ein Ansatz ist: ambulant vor stationär – damit entwickelt sich die Wohnung zum Gesundheitsstandort. Der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) hat in Kooperation mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum (GÖZ) der Technischen Universität Dresden und der ATB Arbeit, Technik und Bildung gemeinnützige GmbH im Rahmen einer Studie im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern die unterschiedlichen ambulanten und stationären Wohn- und Versorgungsformen volkswirtschaftlich analysiert.

Mit der Alterung der Gesellschaft steigt zwangsläufig der Anteil der hilfs- und pflegebedürftigen Personen, die eine bedarfsgerechte Versorgung benötigen. Mit Hinblick auf die drohende Versorgungslücke gilt es, Alternativen zur stationären Pflege zu entwickeln, sodass ein selbstständiges Wohnen mit ambulanter Pflege in größerem Umfang möglich wird. Informationsdefizite bestehen jedoch insbesondere im Wissen um die Kosten für die Wohnungsanpassung sowie transparente Kostenvergleiche zwischen einer ambulanten und einer stationären Betreuung. Hinzu kommen notwendige Betrachtungen zu möglichen Kosten bei Sozial- und Pflegekassen sowie öffentlichen und privaten Haushalten, die im Zusammenhang mit dem Mangel an alters- und bedarfsgerechten Wohnungen entstehen beziehungsweise entstehen werden. Hier müssen Wissenslücken geschlossen werden, um mögliche Handlungsoptionen erkennen und objektiv bewerten zu können.

Die Grundfragen der Studie lauten daher: Was ist der Bedarf? Was ist das Angebot? Wie regelt sich die Finanzierung? Was bedeutet das für die zu erwartende konkrete Nachfrage?

## Ein Auszug der Ergebnisse

Als kostenintensivste Faktoren stellen sich die Betreuung von Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz und die Berücksichtigung der Kosten für Leistungen der häuslichen Krankenpflege nach Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V) dar. Bleiben die HKP-Ausgaben (Aufwendungen für Leis-

„**Nur mit Ehrlichkeit im Umgang, dezentralen Lösungen im ländlichen Raum sowie der ganzheitlichen Betrachtung von Quartieren können die Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden.**“

*Dr. Axel Viehweger, Vorstand des VSWG*

tungen der häuslichen Krankenpflege) unberücksichtigt, da der Schwerpunkt auf den Leistungen des SGB XI liegt und die HKP-Leistungen in der Regel nur zeitlich begrenzt auftreten, sei eine stationäre Unterbringung nur in den Fällen um 14 beziehungsweise 25 Euro monatlich kostengünstiger, in denen die betreffenden Personen Pflegestufe Zwei mit eingeschränkter Alltagskompetenz haben und in einem Ein-Personen-Haushalt leben, unabhängig vom Anspruch auf Grundsicherung. „Alle anderen Pflegestufen und Haushaltsformen zeigen eine vorteilhaftere häusliche Versorgung“, so Prof. Dr. Alexander Karmann, Seniorprofessor des Gesundheitsökonomischen Zentrums. Hierbei wurde bereits mit einem durchschnittlichen Mietpreis von sieben Euro pro Quadratmeter kalkuliert, um barrierearme Wohnungen mit technischen Assistenzsystemen auszustatten. Bei entsprechend niedrigeren Mieten ergebe sich eine noch vorteilhaftere häusliche Versorgungssituation.

Die Schaffung barrierearmen Wohnraums und der Einsatz technischer Assistenzsysteme innerhalb der Quartierskonzepte ermöglichen eine Optimierung der professionellen Pflege durch die regionalen ambulanten Anbieter von Pflegeleistungen, die Unterstützung der Pflegebedürftigen innerhalb des Quartiers und eine bessere Nutzung der Infrastruktur.

Eine veränderte Strategie im Politikfeld „Städtebau der Zukunft – generationsübergreifende Wohnraumstrukturen“ sei gefordert, um diesen Herausforderungen begegnen zu können. Die Schaffung von mehr barrierefreiem/-armem, bezahlbarem Wohnraum mit integrierten Versorgungssettings für eine wachsende Zahl von älteren

Menschen mit unterschiedlichen Wohnwünschen wird nicht durch einzelne Maßnahmen zu bewerkstelligen sein. Weder mit einzelnen Fördermaßnahmen noch mit der Erprobung einzelner Modellmaßnahmen wird man diese zukünftigen Anforderungen

bewältigen können. Auch kann diese Aufgabe nicht allein von der Wohnungswirtschaft umgesetzt werden. „Um diese komplexe Problematik zu lösen, ist eine stärkere Vernetzung der einzelnen Ressorts nötig, um ressortübergreifend Kompromisse zu finden, die nicht zwingend zusätzliches Geld erfordern, sondern lediglich ein Wollen. Nur mit Ehrlichkeit im Umgang, dezentralen Lösungen im ländlichen Raum sowie der ganzheitlichen Betrachtung von Quartieren können die Weichen für die nächsten Jahre gestellt werden“, so Dr. Axel Viehweger, Vorstand des VSWG.

LW

- Die Studie steht auf der Internetseite [www.vswg-alterleben.de](http://www.vswg-alterleben.de) zum kostenlosen Download zur Verfügung.



Foto: VSWG e. V.